SUCHT
KOOPERATION.NRW

Gemeinsam engagiert vor Ort:

Kommunale Lösungen zur Bewältigung von Drogenkonsum im öffentlichen Raum

Gefördert vom

Ministerium für Arbeit,
Gesundheit und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Impressum

Herausgeberin und Redaktion	Suchtkooperation NRW Geschäftsstelle c/o Landschaftsverband Rheinland Dezernat 8 50663 Köln Telefon 0221- 8097794 kontakt@suchtkooperation.nrw https://suchtkooperation.nrw
Illustrationen	art-engel.de, Dipl. Designer Frank Engel
Satz/Grafik	Visuelle Kommunikation AW, Dipl. Designerin Anja Weingarten
Druck	LVR-Druckerei – eine Integrationsabteilung, Tel 0221 809-2418
	Köln, im April 2025

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsam engagiert vor Ort: 4

Kommunale Lösungen zur Bewältigung von Drogenkonsum im öffentlichen Raum **4**

Niedrigschwellige Suchthilfeangebote und medizinische Grundversorgung 6

Niedrigschwellige Suchthilfeangebote zur Schadensminderung **6**

Medizinische Grundversorgung **9**

Zielgruppenansprache 10

Verbesserte Kommunikation und Zugang zu Informationen für Menschen mit Abhängigkeit **10**

Rechtskreisübergreifende Strategie und fachliche Planung 12

Umgang mit Drogennotfällen **12**

Berücksichtigung im Rahmen von stadtplanerischen Konzepten: Beteiligung aller relevanten Fachdienste **13**

Sozialraumgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit 14

Tragfähige Vernetzung von Hilfesystemen und Ordnungsbehörden **14**

Öffentlichkeitsarbeit und Maßnahmen zur Sensibilisierung aller Bürger*innen **17**

Forschung und Modellprojekte 19

Gemeinsam für ein starkes Suchthilfesystem in Nordrhein-Westfalen **20**

Zugrundeliegende Quellen **21**

Linksammlung **22**

Gemeinsam engagiert vor Ort:

Kommunale Lösungen zur Bewältigung von Drogenkonsum im öffentlichen Raum

Menschen mit schweren Abhängigkeitserkrankungen werden im öffentlichen Raum auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend sichtbar. Neben den immer präsenteren Konsumszenen stellen die mit der Abhängigkeitserkrankung einhergehenden Verelendungssymptome, wie bspw. Armut, Wohnungslosigkeit und körperlicher Verfall der Menschen, die Kommunen vor große Herausforderungen. Zudem sind eine Vielzahl polizeilich erfasster drogenbedingter Todesfälle zu beklagen. Der Konsum von Crack/Kokain ist in einigen deutschen Städten und Gemeinden sichtbar angestiegen, auch die Verbreitung gefährlicher synthetischer Opioide wurde festgestellt[1]. Dies verunsichert die Bürger*innen zunehmend; die Verdrängung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen von öffentlichen Plätzen hat oft nur kurzzeitige Effekte.

Bei der Bewältigung der vielschichtigen Problemlagen ist eine ganzheitliche und strukturierte Herangehensweise hilfreich, die vorbeugende Maßnahmen, mögliche Interventionen im Notfall sowie eine Stärkung der Infrastruktur für die Versorgung von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen vor Ort umfasst.

Der Beirat der Suchtkooperation Nordrhein-Westfalen[2] möchte mit der vorliegenden Handreichung mögliche hilfreiche Vorschläge aufführen. Wie bei einem Baukastensystem sollen sich die Akteur*innen vor Ort der Maßnahmen bedienen, die für ihre Kommune passend und umsetzbar sind.

Auf der Internetseite https://suchtkooperation.nrw/handreichung2025 finden Sie die ausführlichen Maßnahmen, die zu den folgenden fünf Themenbereichen ergriffen werden können. Zur einfacheren Orientierung ist jeder Themenbereich mit einem eigenen Icon markiert.

1 Deutsche Aidshilfe, 2024: Opioide: Fentanyl und Co. Sind in Deutschland angekommen. Pressemeldung 15.02.2024. https://www.aidshilfe.de/meldung/opioide-fentanyl-co-deutschland-angekommen

2 Der Beirat der Suchtkooperation NRW, geleitet vom Gesundheitsministerium NRW, dient dem fachlichen Austausch zwischen Land, Kommunen und Freier Wohlfahrtspflege. Er soll insbesondere zur Verbesserung von Transparenz und Vernetzung der Suchtprävention und -hilfe auf Landesebene beitragen und die Weiterentwicklung der Sucht- und Drogenhilfestruktur in NRW unterstützen. Er setzt sich aus Vertreter*innen des Landes, der Kommunen und der Freien Wohlfahrtspflege zusammen, die Empfehlungen im Konsens fassen, die von allen Beteiligten unterstützt werden.

Niedrigschwellige Suchthilfeangebote und medizinische Grundversorgung

Zielgruppen-ansprache

Rechtskreisüber-greifende Strategie und fachliche Planung

Sozialraumgestaltung und Öffentlichkeits-arbeit

Beteiligung an Forschung und Modellprojekten

Niedrigschwellige Suchthilfeangebote und medizinische Grundversorgung

Individuelle gesundheitliche Probleme wie Infektionen, mangelhafter Ernährungszustand oder auch psychiatrische Auffälligkeiten können frühzeitig erkannt und behandelt werden. Diese Angebote tragen dazu bei, die Lebensqualität der Betroffenen zu verbessern, ohne dass hohe Hürden überwunden werden müssen.

Niedrigschwellige Suchthilfeangebote zur Schadensminderung

Angebote der Überlebenshilfe und der Schadensminderung haben sich in vielen Städten, Gemeinden und Kreisen bewährt. Für die Zielgruppe der Menschen mit einer schweren Abhängigkeitsproblematik können Angebote zur Schadensminderung einerseits Risiken und Schädigungen größtmöglich senken, andererseits kann auch der öffentliche Raum entlastet werden. Kostspielige Behandlungen möglicher Folgeschäden z.B. durch übertragbare Krankheiten wie HIV oder Hepatitis C können ebenso wie Überdosierungen oder drogenbedingten Todesfällen vermieden werden. Angebote der Überlebenshilfe und der Schadensminderung haben sich als wirksam erwiesen.

Die zunehmende Problematik der Menschen mit einer Cracksubstanzstörung stellt betroffene Kommunen vor besondere Herausforderungen.

Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. als Dachgesellschaft der Suchthilfeträger in Deutschland hat folgende Maßnahmen der Schadensminderung in ihrem **Positionspapier „Crack und Fentanyl – Maßnahmen der Schadensminderung ausbauen“**[3] vom April 2024 genannt:

- **Niedrigschwellige Hilfen** zielen darauf ab, die unmittelbaren Risiken des Substanzkonsums zu verringern. Ihr Fokus liegt auf der Verhinderung einer Verschlimmerung („harm reduction“) und der Stabilisierung vorhandener Ressourcen, ohne dass dabei zwingend eine sofortige Abstinenz erreicht werden muss. Langfristig sollen diese Hilfsangebote dazu anregen, weiterführende Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Vorrang hat jedoch häufig zunächst die Sicherstellung grundlegender Bedürfnisse wie Nahrung, Unterkunft, Kleidung und medizinische Grundversorgung. Beispiele hierfür sind Kontaktläden, Wärmestuben und Tagestreffs, die ohne Vorbedingungen und auf Wunsch auch anonym genutzt werden können.
- **Notschlafstellen:** Für wohnungslose Menschen, die Substanzen konsumieren, sind geeignete Notschlafplätze hilfreich. Dabei sind sanitäre Einrichtungen wichtig, um Verwahrlosung und gesundheitliche Probleme zu vermeiden. Bei der Planung ist entscheidend, dass diese Orte für Betroffene leicht zugänglich sind und keine unnötigen Hürden bestehen.
- **Niedrigschwellige Wohnangebote:** Ebenso hilfreich ist ein Angebot an betreuten Wohnformen, wie Betreutes Wohnen, Housing First oder „Endlich ein Zuhause“. Diese Wohnformen können den unterschiedlichen Bedürfnissen der Betroffenen gerecht werden.
- **Aufsuchende Hilfen** wie Straßensozialarbeit, mobile medizinische oder ärztliche Versorgung und niedrigschwellige Versorgungsangebote wie Tagesruhezonen, nächtliche Anlaufstellen und psychosoziale Grundversorgung helfen den Betroffenen.

3 DHS (2024) Crack und Fentanyl – Maßnahmen der Schadensminderung ausbauen! https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/2024-04-19_Positionspapier_Crack_und_Fentanyl_–_Maßnahmen_der_Schadensminderung_ausbauen.pdf (Zugriff am 03.05.2024)..

- **Medizinische Notfallversorgung:** Sowohl stationäre als auch mobile Notfalldienste können in medizinischen Krisensituationen helfen.

- **Drogenkonsumräume** bieten ein sicheres und hygienisches Umfeld für den Drogenkonsum. Sie können den Konsum im öffentlichen Raum reduzieren. Die Bereitstellung von Konsumutensilien hilft, Infektionen zu vermeiden. Im Falle von Überdosierungen können Notfallmaßnahmen eingeleitet werden. Besonders Rauchplätze in Konsumräumen haben sich bewährt. Drogenkonsumräume können einen einfachen Zugang zu weiteren Hilfsangeboten zur Reduktion des Konsums oder für den Ausstieg eröffnen.

- **Drug Checking:** Konsumierende können ihre mitgebrachten Substanzen mittels Schnelltests auf Verunreinigungen und Wirkstoffgehalt überprüfen lassen. Hierdurch sinkt das Risiko von Vergiftungen und Überdosierungen.[4]

- **Safer Use Hinweise und Utensilien:** Informationen zur Vermeidung von Überdosierungen und Infektionen haben sich bewährt. Infektionsgefahren können durch kostenlose sterile Konsumutensilien und Spritzen reduziert werden.

- **Naloxonmitgabe und Schulungen zur Anwendung:** Das Notfallmedikament Naloxon kann lebensbedrohliche Überdosierungen verhindern, da es die durch Opioide verursachte Atemdepression aufhebt. Der Einsatz in Szene und Umfeld kann einen Beitrag zur Vermeidung von drogenbedingten Notfällen leisten. Die Schulung im Umgang mit Naloxon hat sich auch bei Ordnungskräften bewährt.

- **Niedrigschwellige Drogenberatung:** Neben den niedrigschwelligen Einrichtungen spielt eine sofort zugängliche Drogenberatung eine zentrale Rolle in der Unterstützung von Konsumierenden.

4 Sobald die erforderlichen rechtlichen Grundlagen vorliegen, kann in NRW in Drogenkonsumräumen die Möglichkeit zum Drug Checking angeboten werden

Medizinische Grundversorgung

Zum Angebot der medizinischen Grundversorgung sind im Positionspapier der DHS folgende wichtige Aspekte aufgeführt, die zu einer Verbesserung der Situation in Städten und Gemeinden beitragen können:

- **Aufbau von Netzwerkstrukturen des medizinischen Akutbereichs mit der niedrigschwelligen Suchthilfe:** Die verschiedenen Hilfsangebote vor Ort sollten eng miteinander vernetzt sein. Die Einbindung der sozialpsychiatrischen und gemeindepsychiatrischen Versorgung in diese Strukturen hat sich bewährt. Die Verfügbarkeit niedrigschwellig zugänglicher medizinischer – insbesondere psychiatrischer – Erst- und Akutversorgung ist hilfreich. Für Personen ohne Krankenversicherung sind zur Klärung einer Kostenübernahme Clearingstellen erprobt.

- **Substitutionsgestützte Therapie bei Opioidabhängigkeit:** Bei Menschen mit Opioidabhängigkeit hilft der Zugang zu geeigneten Substitutionstherapien, einschließlich der Diamorphinsubstitution, in Kombination mit psychosozialer Betreuung. Es hat sich bewährt, die beteiligten Akteur*innen in die örtlichen Kooperationsstrukturen zu integrieren.

- **Bereitstellung von Entgiftungsplätzen:** Die Bereitstellung von Entgiftungsplätzen in Krankenhäusern und spezialisierten Kliniken ist hilfreich für eine erfolgreiche Vermittlung in die Entzugsbehandlung.

- **Spezifische Angebote der Rehabilitation für Konsumierende illegaler Drogen:** Neben der Entgiftung ist die Entwöhnung im Rahmen der Rehabilitation eine zentrale Behandlungsform bei Abhängigkeitserkrankungen. Ein gut vernetztes lokales Suchthilfesystem trägt zu einem nahtlosen und unkomplizierten Übergang in die spezialisierte Rehabilitation bei.

- **Monitoring der örtlichen Drogensituation:** Zur Ermittlung des Hilfebedarfs vor Ort kann ein Monitoring der örtlichen Drogensituation hilfreich sein.

Zielgruppen-ansprache

Durch die Verbreitung von Informationen über Risiken einerseits und Hilfeangebote andererseits sowie durch das gezielte Ansprechen von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen, können diese dazu ermutigt werden, Hilfsangebote nachzufragen und anzunehmen. Mittel- und langfristig kann dies zu einer verbesserten Lebensqualität und Gesundheit der Betroffenen sowie zu einer Reduzierung der negativen Auswirkungen von Suchtproblemen führen. Zudem trägt eine verbesserte Sensibilisierung dazu bei, das Stigma von Abhängigkeitserkrankungen abzubauen und eine unterstützende Umgebung für Betroffene zu schaffen.

Verbesserte Kommunikation und Zugang zu Informationen für Menschen mit Abhängigkeit

- Aufklärungskampagnen und Broschüren: Gezielte Aufklärungskampagnen in Form von Broschüren und Plakaten können Menschen mit einer Abhängigkeitsproblematik über die Risiken ihres Verhaltens informieren und gleichzeitig die Verfügbarkeit von Hilfeangeboten in der Nähe aufzeigen. Zu empfehlen sind Darstellungen in spracharmen Methoden wie Piktogrammen, um auch fremdsprachlichen Betroffenen die Informationen zugänglich zu machen.[5]

- Gezielte Ansprache in risikobehafteten Umgebungen: Eine gezielte Ansprache von Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen in risikobehafteten Umgebungen oder stark frequentierten Anlaufstellen wie Drogenkonsumräumen, Obdachlosenunterkünften oder Flüchtlingsunterkünften kann dabei helfen, sie auf Risiken des Konsums z.B. von synthetischen Opioiden oder Crack aufmerksam zu machen. Darüber kann es gelingen, auf die vorhandenen Hilfeangebote hinzuweisen und die Betroffenen zu motivieren, Unterstützung anzunehmen.

5 Auf https://suchtkooperation.nrw/handreichung2025 sowie im Linkteil am Ende dieser Broschüre finden Sie Beispiele für gelungene Umsetzungen zielgruppenspezifischer Materialien.

Ergänzend dazu kann Streetwork in der Umgebung von Hilfsangeboten, wie Drogenkonsumräumen oder in der Nähe von Bahnhöfen, durchgeführt werden. Bewährt hat sich hier auch die Einbindung der lokalen Ordnungskräfte, die über die einschlägigen Hilfeansätze i.d.R. gut informiert sind.

Umgekehrt sollen auch Substanzkonsumierende die Sorgen und Befürchtungen ihrer Mitmenschen sensibilisiert werden, so dass eine gegenseitige Rücksichtnahme gefördert wird.[6]

- Zur Verankerung eines partizipativen Ansatzes in der Suchthilfeplanung kann Harm Reduction-Beratung durch Konsumierende unter Einbezug von Peers bzgl. z.B. risikoärmerem Crack-Zubereitungsverfahren oder risikoärmerem Crack- bzw. Fentanyl-Konsum einen wichtigen Beitrag leisten.

- Die Bereitstellung medizinischer Notfallhilfen vor Ort mit einem Fokus auf der Aufklärung der Nichtbetroffenen (Broschüre/Plakat) im öffentlichen Raum ist hilfreich.[7]

6 Auf https://suchtkooperation.nrw/handreichung2025 sowie im Linkteil am Ende dieser Broschüre finden Sie Beispiele für gelungene Umsetzungen zielgruppenspezifischer Materialien.

7 Auf https://suchtkooperation.nrw/handreichung2025 sowie im Linkteil am Ende dieser Broschüre finden Sie Beispiele für gelungene Umsetzungen zielgruppenspezifischer Materialien.

Rechtskreisüber-greifende Strategie und fachliche Planung

Es hat sich bewährt, sich in Stadt, Kreis oder Gemeinde im Vorfeld möglicher Drogennotfälle vorzubereiten. Hier ist der Aufbau einer Infrastruktur erprobt, die eine effektive Reaktion und Versorgung sicherstellt.

Umgang mit Drogennotfällen

Schulungen und Sensibilisierung

- **Schulungen im Umgang mit Naloxon** haben sich bei Mitarbeiter*innen des Rettungsdienstes, der Polizei sowie des Ordnungsamtes bewährt. Dafür ist die Bereitstellung von Naloxon für unmittelbar handelnde Personen hilfreich.

- **Sensibilisierungskampagnen** in Schulen, Gemeindezentren und anderen öffentlichen Orten können die Bevölkerung über die Anzeichen von Drogennotfällen informieren, ihre Berührungsängste minimieren und sie ermutigen, Hilfe zu leisten oder zu initiieren.

- **Aufbau von Netzwerken und Kooperationen:** Eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Fachbereichen wie der Suchthilfe, der Wohnungslosenhilfe, der Polizei und anderen relevanten Organisationen gewährleistet ganzheitliche und koordinierte Reaktion auf Drogennotfälle. Regelmäßiger Austausch dient dazu, Erfahrungen zu teilen, Best Practices zu identifizieren und gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Berücksichtigung im Rahmen von stadtplanerischen Konzepten: Beteiligung aller relevanten Fachdienste

Eine integrative und menschenzentrierte Stadtplanung unter Einbeziehung von Akteur*innen aus Hilfesystemen und Ordnungsbehörden hat sich bewährt. Entsprechende städtebauliche Konzepte helfen dabei, dass Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen und andere vulnerable Gruppen nicht aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Eine Vertreibung hat weder eine Rechtsgrundlage noch ist sie eine nachhaltige Problemlösestrategie. Selbstverständliche Aufenthaltsmöglichkeiten tragen nicht nur zur Verbesserung der Lebensqualität für Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen bei, sondern fördern auch eine inklusive und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt sind.

Einbeziehung von Fachdiensten in stadtplanerische Prozesse

- Die Einbeziehung sozialer Fachdienste (z.B. Suchthilfe, Wohnungslosenhilfe, Flüchtlingshilfe) sowie auch der Einbezug von Erfahrungen aus anderen Kommunen sowie der Ergebnisse von Modellprojekten anderer Städte, Gemeinden und Kreisen hat sich für die Entwicklung eines toleranten Miteinanders im öffentlichen Raum bewährt.

- **Schaffung von Toleranzräumen im öffentlichen Raum:** Akzeptanzzonen können innenstädtische Bereiche entzerren und erleichtern den sozialarbeiterischen Zugang zum Personenkreis der Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen. Eine konkrete Kooperation zwischen Ordnungsbehörden und Suchthilfe hilft dabei, einen Interessenausgleich zwischen polizeilichen und sozialarbeiterischen Aufgaben zu finden. Wetterschutz wie z.B. Dächer und Windschutz, Sichtschutz und Sitzgelegenheiten helfen dabei, dauerhaft von den Zugehörigen der Drogenszenen angenommen zu werden (Beispiel: Bremer Platz in Münster).

- **Förderung von sozialer Integration und Unterstützung:** Gute stadtplanerische Konzepte fördern die soziale Integration und unterstützen Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen dabei, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wichtig für Betroffene ist insbesondere das Vorhandensein von bezahlbarem Wohnraum und der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung. Auch Beschäftigungs-/Integrationsprojekte helfen dabei, Menschen mit Abhängigkeitserkrankungen die Möglichkeit einer sinnvollen Tagesstruktur zu bieten. Gemeinnützige Arbeit integriert in die Gesellschaft und unterstützt bei der Bewältigung von Problemen (Best Practice: Kölner Feger).

Sozialraum-gestaltung und Öffentlichkeitsarbeit

Es hat sich bewährt, dass der Gestaltung des Sozialraums und der öffentlichen Kommunikation eine gemeinsame Wertehaltung zugrunde liegt. Dazu kann es hilfreich sein, die Schutzbedürftigkeit Betroffener vor Stigmatisierung in einer gemeinsamen Vereinbarung festzuschreiben (Beispiel Fair Media, Eine Hilfestellung für Medienschaffende).

Tragfähige Vernetzung von Hilfesystemen und Ordnungsbehörden

Eine tragfähige Vernetzung erfordert Vertrauen, Offenheit und die Bereitschaft, gemeinsam an Problemlösungen zu arbeiten. Es geht darum, dass alle Beteiligten ihr Wissen und ihre Erfahrungen teilen, um die Lebensqualität der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Der Aufbau und die Nutzung von Netzwerken ist eine der zentralen Strategien einer erfolgreichen kommunalen Gesundheitsförderung. Hierzu gehört auch die aktive Einbindung der Suchthilfe. All dies trägt dazu bei, dass die entwickelten Maßnahmen effektiv sind und die Bedürfnisse der Betroffenen angemessen berücksichtigt werden.

Netzwerkarbeit und verstärktes Miteinander

- **Der Austausch** aller Akteur*innen über ihre jeweiligen Aufgaben und Herausforderungen fördert Verständnis und Zusammenarbeit und dient dazu, Menschen in Not zu helfen.

Zu Angebotsstrukturen in Nordrhein-Westfalen informieren Sie die Landesfachstellen der Suchtkooperation NRW (www.suchtkooperation.nrw).[8]

8 Auf https://suchtkooperation.nrw/handreichung2025 sowie im Linkteil am Ende dieser Broschüre finden Sie aktuelle Schulungsangebote der Suchtkooperation NRW sowie fachdienstübergreifende Schulungsangebote der Träger der Freien Wohlfahrtspflege.

Eine ressortübergreifende und interdisziplinäre Zusammenarbeit hilft der Zielgruppe der Menschen mit schwerer Abhängigkeitserkrankung.

- **Regelmäßige verbindliche Treffen und Austauschrunden:** Durch regelmäßige Treffen und Austauschrunden können Vertreter*innen der verschiedenen Fachbereiche, Organisationen und Behörden in informeller Atmosphäre zusammenkommen. Dabei können sie über aktuelle Probleme sprechen und auch Ideen für gemeinsame Projekte entwickeln, voneinander lernen und von den Erfahrungen gegenseitig profitieren (Runde Tische usw.). Die Etablierung von Strukturen für einen regelmäßigen Informationsaustausch zwischen den verschiedenen Fachdiensten trägt dazu bei, ein umfassendes Bild der Situation vor Ort zu erhalten und gemeinsam informierte Entscheidungen treffen zu können.

- Die Definition klarer Zuständigkeiten und Schnittstellen zwischen den verschiedenen Fachdiensten stellt eine reibungslose Zusammenarbeit sicher und vermeidet Doppelarbeit. Beispiel der Entwicklung einer Kooperationsvereinbarung zwischen Drogenhilfe, Jugendhilfe und medizinischer Versorgung:
  https://suchtkooperation.nrw/fileadmin/user_upload/Kooperationsvereinbarung_BELLA_DONNA.pdf

Beispiel Kooperation der Suchthilfe mit dem Jobcenter und der Kommune:
https://lf-integrationundsucht.nrw/handlungsfelder/fachinformationen/kooperation-der-suchthilfe-mit-dem-jobcenter-und-der-kommune/

Sozialraumarbeit mit innerstädtischen und einrichtungsbezogener Vernetzung

- Einrichtungsbezogene Koordinator*innen/ Quartiersmanagement, die als Ansprechpartner*innen für Bürger*innen, Hilfesysteme, Ordnungsbehörden und lokale Einrichtungen fungieren, haben sich bewährt. Diese Koordinator*innen könnten dabei helfen, die Zusammenarbeit vor Ort zu verbessern und gemeinsame Maßnahmen zu planen.

Abgestimmte kommunale Suchthilfeplanung und rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit

- Kommunale Suchthilfeplanung ist hilfreich, weil sie sicherstellt, dass betroffene Menschen eine ganzheitliche und fachlich angemessene Unterstützung erhalten. Oft haben Menschen mit Suchtproblemen auch andere Herausforderungen wie z.B. Wohnungslosigkeit oder psychische Probleme. Die Förderung einer gut koordinierten Zusammenarbeit über verschiedene Rechtskreise hinweg ermöglicht es, die Bedürfnisse von Menschen mit komplexen Problemlagen besser zu verstehen.

- In interdisziplinären Arbeitsgruppen und Projektteams, die sich mit spezifischen Themen wie z.B. dem Umgang mit der Drogenszene auf bestimmten Plätzen oder der Integration von Wohnungslosen oder anderen vulnerablen Personenkreisen befassen. Durch die Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachexpertisen können effektivere Lösungen entwickelt werden.

- Clearingstellen und Sozialberatung können hilfreich sein: Clearingstellen sind Anlaufstellen, an die sich Menschen mit verschiedenen sozialen Problemlagen wenden können, um Unterstützung und Beratung zu erhalten. Bewährte Beispiele dafür sind u.a. Gesundheitskioske: Gesundheitskiosk (bundesgesundheitsministerium.de) oder Allgemeine Sozialberatung.

Interkommunale Vernetzung

- Regionale Arbeitsgruppen: Regionale Arbeitsgruppen könnten gebildet werden, um überregionale Herausforderungen zu identifizieren und gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Diese Arbeitsgruppen könnten Vertreter*innen verschiedener Kommunen zusammenbringen, um Ressourcen zu teilen und voneinander zu lernen (regionale Lagezentren). Durch den Austausch von Best Practice und Erfahrungen zwischen verschiedenen Kommunen können erfolgreiche Ansätze identifiziert und auf andere Regionen übertragen werden.

Öffentlichkeitsarbeit und Maßnahmen zur Sensibilisierung aller Bürger*innen

Sensible Öffentlichkeitsarbeit kann dazu beitragen, das Bewusstsein der Bürger*innen für Beschwerde- und Konfliktmanagement zu stärken und ihr Sicherheitsgefühl zu verbessern. Eine gemeinsame Vereinbarung zum Umgang mit schutzbedürftigen Menschen im Sozialraum kann dabei unterstützen, dass sich alle Bürger*innen akzeptiert und verstanden fühlen. Darüber hinaus trägt eine sensible Öffentlichkeitsarbeit zur Entstigmatisierung von Suchterkrankungen bei und kann eine Kultur der Offenheit und Hilfsbereitschaft schaffen.

Sensibilisierung der Presse vor Ort und überregional: Sensationsjournalismus ist nicht hilfreich und sollte aktiv gegengesteuert werden. Die Zusammenarbeit mit Vertreter*innen der Presse sollte so gestaltet werden, dass auf eine ausgewogene Berichterstattung ausdrücklich Wert gelegt wird. Die mediale Stigmatisierung führt zu Scham, die Betroffene daran hindern kann, Suchthilfestellen aufzusuchen.

Hilfreich ist es, die stigmatisierende Mediendarstellung abzubauen. Dazu wurde im Rahmen des Projektes „FairMediaSUCHT“ ein Leitfaden für Medienschaffende erstellt, der über Abhängigkeitserkrankungen und damit verbundene Vorurteile aufklärt und alternative Darstellungen und Formulierungen aufzeigt:
https://www.seelischegesundheit.net/wp-content/uploads/2022/07/20220428-leitfaden-fairmedia.pdf

Information und Schulung: Eine Information der Öffentlichkeit über die Realitäten von Abhängigkeitserkrankungen hilft dabei, Vorurteile, Stigmatisierungen und Ängste abzubauen und das Krankheitsverständnis zu fördern. Dies kann z.B. durch Pressearbeit, Kampagnen, Informationsveranstaltungen und Schulungen erfolgen.[9]

Bürger*innenbeteiligung und Mitbestimmung
Gemeinwesenarbeit fördern, indem Bürger*innen ermutigt werden, sich aktiv an lokalen Projekten, Initiativen und Runden Tischen zu beteiligen, die darauf abzielen, die Lebensqualität in der Gemeinde zu verbessern. Hier haben sich die Einrichtung von Bürger*innenforen sowie die Einrichtung einer Plattform zum Beschwerdemanagement für Bürger*innen bewährt.

9 Auf https://suchtkooperation.nrw/ finden Sie weitere Materialien.

Verbesserung der Sichtbarkeit und Erreichbarkeit von Hilfe- und Unterstützungsangeboten

- Hilfreich sind Informationen über Suchthilfeangebote vor Ort und Kontaktmöglichkeiten für Notfälle leicht zugänglich machen (zum Beispiel durch die Verbreitung von Flyern, Plakaten oder die Einrichtung von Informationsständen).

- Auch die Nutzung digitaler Kanäle wie Social Media oder lokaler Gemeinde-Websites kann dabei unterstützen, Informationen über Hilfe- und Unterstützungsangebote zu verbreiten und die Bürger*innen über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

- Hilfreich ist es auch, wenn Bürger*innen ihre Anliegen direkt mit Vertreter*innen der Hilfesysteme und Ordnungsbehörden besprechen können.

Forschung und Modellprojekte

Durch Forschung und Evaluation können die Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der passgenauen Hilfen für Menschen mit Drogengebrauchsstörungen gemessen und bewertet werden. Dadurch wird transparent, welche Maßnahmen erfolgreich und wo möglicherweise Anpassungen erforderlich sind.
Bei der Erprobung neuer medikamentösen Behandlungsansätzen bedarf es i.d.R. größer angelegter medizinischer Studien, die beispielsweise die medikamentöse Behandlung zur Substitution von Kokainkonsument*innen untersuchen. Diese Studien sind eher bundesweit angelegt. Es hilft allerdings, wenn sich kommunale Kooperationspartner als Modellstandorte an solchen Studien beteiligen.

Der Konsum von Suchtmitteln unterliegt häufig bestimmten Trends. Die Beobachtung des Verhaltens der Bevölkerung ist wesentliche Grundlage für eine erfolgreiche Sucht- und Drogenpolitik. Bevölkerungsweite Studien geben Einblicke in die Verteilung und den Umfang des Substanzkonsums. Mittels kleinerer epidemiologischer (Teil-)Studien können Erkenntnisse über den Konsum bestimmter Teilgruppen oder bestimmter Substanzen gewonnen werden. Eine kommunale Beteiligung an derartigen Forschungsprojekten kann diese unterstützen.

- Ein Monitoring der lokalen Drogenszenen hilft, Trends und Entwicklungen frühzeitig identifizieren und gegensteuern zu können. Die Fragestellungen helfen dabei, Größenordnungen bei Problemlagen konkret einordnen zu können. Auch hier hat es sich bewährt, beteiligte Akteur*innen fachdienstübergreifend einzubinden.
- Erprobung von Modellprojekten ermöglicht es, für einen definierten Zeitraum bestimmte Themen wie z.B. Drug Checking genauer zu bearbeiten. Hier hat sich eine fachdienstübergreifende Zusammenarbeit bewährt.

Gemeinsam für ein starkes Suchthilfesystem in Nordrhein-Westfalen

Die Suchtkooperation NRW mit ihrem Beirat versteht sich als Ansprechpartnerin für Städte, Kreise und Gemeinden, die sich mit dem Thema Sucht im öffentlichen Raum befassen möchten.

Bestehend aus den vier Landesfachstellen Familie, Geschlechtervielfalt und Sucht BELLA DONNA, berufliche und soziale Integration, Prävention und Glücksspielsucht sowie einer Geschäftsstelle, stellt die Suchtkooperation ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Praxis dar.

Wir engagieren uns für fachlichen Austausch und Kooperation mithilfe der Bündelung von Expertise in Land und Bund. Die bedarfsgerechte Weiterentwicklung und Vernetzung des Suchthilfesystems in Nordrhein-Westfalen sind dabei unsere zentralen Ziele.

Gemeinsam mit Gremien der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen und den Kommunalen Spitzenverbänden aus Nordrhein-Westfalen befördern wir Ihre Themen der Suchthilfe in die Landespolitik.

Sprechen Sie uns an!

Suchtkooperation NRW
Geschäftsstelle
0221 – 809 7794
kontakt@suchtkooperation.nrw
www.suchtkooperation.nrw

Zugrundeliegende Quellen

Akzept (2023). **Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Crack-Konsum im Kontext Drogen- und Suchthilfe.** Berlin: Copy Terra.

Deutsche Aidshilfe (2024). **Opioide: Fentanyl und Co. sind in Deutschland angekommen.** https://www.aidshilfe.de/meldung/opioide-fentanyl-co-deutschland-angekommen (Zugriff am 05.03.2024).

DHS (2024) **Crack und Fentanyl – Maßnahmen der Schadensminderung ausbauen!** https://www.dhs.de/fileadmin/user_upload/2024-04-19_Positionspapier_Crack_und_Fentanyl_–_Maßnahmen_der_Schadensminderung_ausbauen.pdf (Zugriff am 03.05.2024).

Kiefer, D. (2023). **Crackkonsum und Hilfsangebote in Hamburg. Situationsbeschreibung und Herausforderungen aus Sicht der Verwaltung.** rausch – Wiener Zeitschrift für Suchttherapie, 12, 76–82.

Landschaftsverband Westfalen–Lippe (LWL) (2013). **Stadt Land Alkohol. Leitfaden für eine erfolgreiche lokale Alkoholpolitik.** Münster: Kettler.

Richter-Kornweitz, A., Holz, G. & Kilian, A. (2023). **Präventionskette – Integrierte kommunale Gesamtstrategie zur Gesundheitsförderung und Prävention.** In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung und Prävention. Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden*. https://doi.org/10.17623/BZGA:Q4-i093-2.0

Suchtkooperation NRW & AG AIDS-Prävention NRW (2021). **Harm Reduction: Risiken mindern – Gesundheit fördern. Empfehlungen zur Schadensminimierung für Menschen in Nordrhein-Westfalen, die illegale psychoaktive Substanzen konsumieren.** Köln: LVR-Druckerei.

Suchtkooperation NRW (2023). **Wandel der Konsummuster. Veränderungen in der Drogenszene – Konsequenzen für das Hilfesystem.** Köln: LVR Druckerei.

Linksammlung

Kapitel Zielgruppenansprache

Verbesserte Kommunikation und Zugang zu Informationen für Menschen mit Abhängigkeit

Material für Menschen mit einer Abhängigkeitsproblematik (Fußnote 5)

www.jes-bundesverband.de/medien/safer-use-crack/

www.aidshilfe.de/shop/pdf/11151

https://suchtkooperation.nrw/fileadmin/user_upload/Crack-Flyer.pdf

Beispiele für Ansprache in risikobehafteten Umgebungen (Fußnote 6)

www.jes-bundesverband.de/medien/fentanyl-broschuere/

https://mindzone.info/

www.infodrog.ch/de/aktivitaeten/misch-konsum.html

Beispiele für Aufklärung im öffentlichen Raum (Fußnote 7)

www.infodrog.ch/de/publikationen/fakten blaetter.html

www.ersthelfer.tv/wp-content/uploads/2020/03/ERSTHELFER_plakat.pdf

https://kalk.sozialraumkoordination.koeln/was-tun.html

Kapitel Sozialraumgestaltung und Öffentlichkeitsarbeit

Netzwerkarbeit und verstärktest Miteinander (Fußnote 8)

Zu Angebotsstrukturen in NRW informieren Sie die Landesfachstellen der Suchtkooperation NRW (www.suchtkooperation.nrw).

Landesfachstelle Familie, Geschlechtervielfalt und Sucht BELLA DONNA:
https://www.belladonna-essen.de/

Landesfachstelle Prävention:
https://www.ginko-stiftung.de/landesfachstelle/default.aspx

Landesfachstelle berufliche und soziale Integration:
https://lf-integrationundsucht.nrw

Landesfachstelle Glücksspielsucht:
https://gluecksspielsucht-nrw.de

Hier finden Sie fachdienstübergreifende Schulungsangebote der Träger der Freien Wohlfahrtspflege:

Arbeiterwohlfahrt NRW:
https://www.awo-nrw.de/

Caritas in NRW:
https://www.caritas-nrw.de/

Deutsches Rotes Kreuz NRW:
https://www.drk-nrw.de/

Diakonie Rheinland Westfalen Lippe:
https://www.diakonie-rwl.de/

Der Paritätische NRW:
https://www.paritaet-nrw.org/

Information und Schulung (Fußnote 9)

Informationsmaterial bzw. vorhandene Materialien dazu erhalten Sie z.B. hier:

https://www.suchtgeschichte.nrw.de/Kampagne/Die-Kampagne

https://kalk.sozialraumkoordination.koeln/was-tun.html

Sprechen Sie uns an!